

INHALT

1. Landtag diskutiert über "Böhmermann-Fall"
2. CDU unterstützt Modernisierungskurs der Europäischen Kommission
3. SPD, Grüne und SSW winken Nachtragshaushalt durch
4. Bernstein: Parlamentseinbindung kommt viel zu spät
5. Polizeidienststellen brauchen schnelle Internetzugänge

28.04.2016

Landtag diskutiert über "Böhmermann-Fall" CDU: Merkels Entscheidung war richtig

Auf Antrag der Piraten diskutierte heute der Landtag über die Causa Böhmermann und die Entscheidung der Bundesregierung, strafrechtliche Ermittlungen zuzulassen. Für die CDU-Fraktion stellte Fraktionschef Daniel Günther klar, dass es staatliche Willkür auch bei der Anwendung des Paragraphen 103 StGB, auf den sich der türkische Präsident Erdogan berufen hatte, im Sinne des Rechtsstaates nicht geben darf. Vor knapp zehn Jahren hatte es ein ähnliches Gesuch der Schweizer Bundespräsidentin gegeben; die damalige Bundesregierung entschied, die Justiz entscheiden zu lassen. Günther betonte in seiner Rede, dass die Bundeskanzlerin keine Unterschiede machen dürfe. Er verwahrte sich gegen den entstandenen Eindruck, dass die Presse- und Meinungsfreiheit in Deutschland in Gefahr sei, so wie es der Piratenantrag mit einer Überschrift „Meinungs-, Presse- und Kunstfreiheit sind nicht verhandelbar“ suggeriere.

„Bei der Schweizer Bundespräsidentin entschied die Bundesregierung, die Ermittlungen zuzulassen, und jetzt bei Herrn Erdogan soll die Bundeskanzlerin genau das Gleiche verweigern? Eine solche Entscheidung kann doch nicht auf der Basis getroffen werden, ob einem die Person genehm ist oder nicht“, so Günther. Darum habe er kein Verständnis für die SPD-Minister, die im Bundeskabinett gegen die Entscheidung gestimmt hatten.

Mit Blick auf die geplante Abschaffung des Paragraphen 103 StGB im Jahr 2018 sagte der CDU-Fraktionschef: „Die Bundeskanzlerin hat sich an Recht und Gesetz zu halten. Darum finde ich es richtig, dass das laufende Verfahren unter dem bislang geltenden Recht abgeschlossen wird und nicht der Eindruck entsteht, dass Gesetze geändert werden, um Entscheidungen der Justiz auszuhebeln.“

Vor diesem Hintergrund votierten die CDU-Abgeordneten gegen den Piraten-Antrag und zwei eingebrachte Änderungsanträge der Regierungsfaktionen und der FDP. Am Ende erhielt der Antrag von SPD, Grünen und SSW die nötige Mehrheit des Parlamentes. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative für die ersatzlose Streichung des Paragraphen 103 einzusetzen.

Anlass für die heutige Debatte war die bundesweite Diskussion um ein Gedicht, in dem Satiriker Jan Böhmermann in seiner Fernsehshow „Neo Magazin Royale“ den türkischen Präsidenten Erdogan angegriffen hatte. Erdogan hatte daraufhin ein sogenanntes Strafverlangen gestellt. Dieses ist Voraussetzung für eine Strafverfolgung wegen Verstoßes gegen §103 StGB („Beleidigung von Organen und Vertretern ausländischer Staaten“).



Fraktionsvorsitzender Daniel Günther

CDU unterstützt Modernisierungskurs der Europäischen Kommission **Landtag diskutiert über Zukunft der EU**



Rainer Wiegard, Mitglied des Europaausschusses

Ob die Bewältigung der Flüchtlingskrise, der drohende Brexit, die Ukraine-Russland-Krise, ein Erstarren nationaler Kräfte innerhalb der europäischen Staaten, die noch immer schwierige finanzielle Situation in Griechenland oder die jüngsten Terroranschläge in Frankreich und Belgien – die Liste der Herausforderungen, mit denen sich die Europäische Union konfrontiert sieht, ist lang. Heute diskutierte der Landtag über die Zukunft Europas.

Die CDU-Landtagsfraktion konkretisierte einen ungenau formulierten Antrag der Regierungsfractionen. Ein Kritikpunkt richtete sich gegen die Forderung der Koalitionsfraktionen, ein einheitliches europäisches Asylrecht ohne jegliche Absenkung von Standards zu schaffen. Aus Sicht der Union werde dieser Punkt innerhalb der EU keine Mehrheit finden und sei somit zum Scheitern verurteilt.

Einigkeit bestand im Landtag über alle Fraktionsgrenzen hinweg, dass die Europäische Union mit einem Fokus auf Gemeinschaftsinteressen für die Zukunft gestärkt werden müsse.

Die CDU-Landtagsfraktion stellte sich in ihrem Änderungsantrag in zehn Punkten auf die Seite der Europäischen Kommission, die mit Zustimmung des EU-Parlamentes und des Rates ein Modernisierungsprogramm für die europäische Staatengemeinschaft vorgelegt hat. Der CDU-Politiker und frühere Finanzminister Rainer Wiegard warb in seiner Rede für einen Blick nach vorne. „Europa darf nicht nur mit dem Fokus auf die Bewältigung der Krisen der letzten Jahre bewertet werden“, so der Abgeordnete. Zudem rief er dazu auf, die erreichten Leistungen der Europäischen Union wertzuschätzen, und warb um Geduld bei bedeutenden Entscheidungen.

Trotz Lobes aus den Regierungsfractionen weigerten sich diese, sich mit dem CDU-Antrag im Ausschuss weiter zu befassen, und lehnten am Ende – gemeinsam mit den Piraten - den mittlerweile für eigenständig erklärten Unionsantrag ab. Der Antrag der Regierungsfractionen fand – wie erwartet – die nötige Mehrheit.

Antrag der CDU-Fraktion:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/4100/drucksache-18-4138.pdf>

SPD, Grüne und SSW winken Nachtragshaushalt durch CDU kritisiert falsche Schwerpunktsetzung

In der heutigen Schlussberatung über den Nachtragshaushalt für das Haushaltsjahr 2016 übte der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Tobias Koch, scharfe Kritik an der Landesregierung:

„Bei jedem der vier von SPD, Grünen und SSW bislang verabschiedeten Haushalte waren die zu geringen Investitionen unser Hauptkritikpunkt. Von 1,6 Mrd. Euro Mehreinnahmen gegenüber 2012 fließt auch in diesem Jahr kein einziger Euro in zusätzliche Investitionen.“

Dieser Investitionstau mache sich vor allen Dingen in maroden Krankenhäusern und kaputten Straßen mit Schlaglöchern bemerkbar. Das von der Landesregierung initiierte Investitionsprogramm „Impuls“ greife mit seinem Starttermin in 2018 viel zu spät.

Der von der Landesregierung vorgelegte Nachtragshaushalt heile die Versäumnisse von vier Jahren nicht im Ansatz. Er sei der hilflose Versuch, auf die berechtigte Kritik der CDU an der Haushaltspolitik der Landesregierung einzugehen.

Im Bereich der Inneren Sicherheit würden keine zusätzlichen Stellen für die Polizei geschaffen. Denn die Ausbildungskapazitäten seien bereits ausgeschöpft. Anders als von der CDU schon 2015 gefordert, seien im Vorfeld keine neuen Anwärterstellen geschaffen worden.

Ebenfalls im vergangenen Jahr habe die CDU bereits auf einen erhöhten Bedarf an zusätzlichen Lehrerstellen aufgrund der steigenden Zahl der Flüchtlingskinder hingewiesen. Erst jetzt reagiere Rot/Grün/Blau mit 200 zusätzlich geschaffenen Lehrerstellen. „In der Konsequenz wird auch dieser Nachtragshaushalt am Unterrichtsausfall nichts ändern“, kritisierte Koch.

Für den Abbau des Sanierungsstaus blieben der Landesregierung für dieses Jahr lediglich 30 Millionen Euro übrig. Hinter der Realisierung der darin enthaltenen 7 Millionen Euro für Krankenhausinvestitionen stehe überdies ein großes Fragezeichen, weil die erforderliche Kofinanzierung durch die Kommunen noch überhaupt nicht geklärt sei.

Koch stellte die Schwerpunkte des Änderungsantrages der CDU-Fraktion heraus:

„Wir wollen erstens durch eine Aufstockung der Investitionen in den Jahren 2016 und 2017 auf 100 Millionen den Sanierungsstau tatsächlich abbauen und die für die dieses Jahr vorgesehenen Krankenhausinvestition auf 14,4 Milliarden Euro verdoppeln. Zweitens wollen wir sicherstellen, dass die Krankenhausinvestition nicht an der fehlenden Kofinanzierung der Kommunen scheitern und fordern deshalb eine Ergänzung des § 21 des Ausführungsgesetzes zur Krankenhausfinanzierung um eine Stundungsmöglichkeit. Und drittens wollen wir die vorgesehene Neuverschuldung im Jahr 2016 um 100 Millionen Euro reduzieren.“



Der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion Tobias Koch

Bernstein: Parlamentseinbindung kommt viel zu spät
Rechen- und Dienstleistungszentrum in der Sache richtig und geboten



CDU-Innenexperte Dr. Axel Bernstein

Seit 2011 verhandeln die fünf norddeutschen Bundesländer Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein über die Einrichtung eines gemeinsamen "Rechen- und Dienstleistungszentrums Telekommunikationsüberwachung Polizei" (RDZ). Inzwischen wurde in einem Staatsvertrag der Landesregierungen die Einrichtung einer zentralen Dienstleistungsstelle beim Landeskriminalamt in Hannover vereinbart. Dort soll spätestens ab 2020 die Telekommunikationsüberwachung der beteiligten

Polizeibehörden zentralisiert werden. Nach dem Abschluss des Staatsvertrages müssen nun die Landesparlamente zustimmen. Heute war die erste Lesung.

Für die CDU-Fraktion begrüßte der Medien- und Polizeipolitiker Dr. Axel Bernstein die Umsetzung der Planungen. „Sie ist in der Sache richtig und geboten“, so der CDU-Abgeordnete.

Er kritisierte jedoch, dass die Landesregierung das Parlament einmal mehr erst nach dem Abschluss eines Staatsvertrages einbinde. Zu diesem späten Zeitpunkt seien Änderungen praktisch unmöglich. Bernstein erinnerte daran, dass SPD, Grüne und SSW in ihrem Koalitionsvertrag ausdrücklich die Forderung nach mehr Parlamentsbeteiligung bei Staatsverträgen formuliert hatten.

„Es ist bedauerlich, dass die Landesregierung diese Vereinbarung der sie tragenden Parteien einmal mehr schlicht ignoriert“, sagte Bernstein.

Link zum Gesetzentwurf:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/4000/drucksache-18-4064.pdf>

Polizeidienststellen brauchen schnelle Internetzugänge CDU fordert Konzept des Innenministers

Ein Antrag der FDP-Fraktion für die heutige Landtagssitzung fordert die Ausstattung aller Polizeidienststellen mit schnellem Internet innerhalb der kommenden drei Monate.

CDU-Redner Dr. Axel Bernstein unterstützte den Antrag in der Sache. In vielen Dienststellen seien weder die Computerausstattung, noch die Netzgeschwindigkeit auf dem Stand der Technik. Zum Teil dauere es mehr als fünf Minuten, um auch nur eine Internetseite zu laden. „Bei allem oppositionellen Optimismus ist der FDP-Antrag mit der Forderung nach einer Ausstattung innerhalb von drei Monaten allerdings nicht realistisch“, sagte Bernstein.

Er forderte eine Beratung im Innen- und Rechtsausschuss. „Das Ziel teilen wir. Unsere Polizei braucht schnellstmöglich leistungsstarke Anschlüsse. Wir erwarten, dass die Landesregierung dem Innen- und Rechtsausschuss kurzfristig ein belastbares Konzept vorlegt, wann welche Dienststelle schnelles Internet bekommt“, so Bernstein.

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de